



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

12. Jahrgang, Nummer 09 / 2015

Liebe Leserinnen und Leser,

der Pariser Klimagipfel ist gerade vorbei und es steht fest: Die weltweiten Umweltschutzbewegungen müssen auch 2016 aktiv bleiben, damit der „blaue Planet“ eine Überlebenschance bekommen kann.

Vor dem Hintergrund der weltweiten Krisen und Kriege fällt es schwer, am Ende des Jahres die richtigen Worte zu finden. Gerade jetzt ist vielfältiges Engagement erforderlich – nicht nur im Umweltbereich. Und die Umweltbilanz 2015 löst auch nicht unbedingt Jubel aus. Das milde Dezemberwetter verdeutlicht, dass der Klimawandel im Vormarsch ist. Artensterben und die Vergiftung der Böden schreiten voran. Doch es gibt auch Erfolge (so wie unten im Bericht aus der Altmark beschrieben), die zum Engagement für die Zukunft motivieren. Und so wird der BBU auch 2016 aktiv und vielfältig die Interessen der Umwelt vertreten - hofft dabei aber auch auf Ihre Unterstützung!

Die BBU-Geschäftsstelle, die BBU-Newsletter-Redaktion und der BBU-Vorstand wünschen Ihnen und Ihren Angehörigen einen möglichst ruhige Feiertage, einen guten Rutsch ins Neue Jahr 2016, viel Glück und Gesundheit sowie weiterhin viel Kraft und Kreativität für das gemeinsame Engagement im Umwelt- und Naturschutz!



Stopp Fracking!

Der BBU bittet weiterhin um Spenden für sein internationales Engagement gegen Fracking. Ausführliche Informationen dazu unter. Achtung: Nur noch bis Weihnachten läuft ein Einspruchsverfahren zu Fracking-Plänen in der dänischen Nordsee, mehr dazu unten.

Über „Spendenportal.de“ kann auch online mit wenigen Mausklicks für den BBU gespendet werden:
<https://www.spendenportal.de/geldspenden/projekt/11578>

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Am 9. Dezember 2015 erreichte uns folgende Pressemitteilung einer BBU-Mitgliedsinitiative. Wir wünschen der „neuen“ Bürgerinitiative weiterhin viel Kraft und Erfolg im Einsatz für den Umweltschutz.

Bürgerinitiative „Kein CO2-Endlager Altmark“ umbenannt in Bürgerinitiative „Saubere Umwelt und Energie Altmark“

Die Feier der BI „Kein CO2-Endlager Altmark“ zu Erfolg und Übergang auf die BI „Saubere Umwelt und Energie Altmark“ fiel auf den Tag, an dem in Berlin und vielen anderen Orten im Vorfeld der Pariser Klima-Konferenz für eine rasche Energiewende demonstriert wurde. In dieses dringende Anliegen reihte sich auch die Aktion an (den Resten) der CO2-Verpressungsanlage bei Maxdorf ein: Ihre aktuelle Botschaft auf großem Banner:

„Ausstieg aus den fossilen Energien ist überlebensnotwendig für die Menschheit!“

Nach dem mit vielen amüsanten und bezeichnenden Details garnierten Rückblick des Initiators des Widerstands gegen die CCS-Pläne in der Altmark, Rolf Zeißig, und einem von seiner persönlichen Betroffenheit geprägten Beitrag von BI-Pressesprecher Lothar Lehmann ergriff die Landtagsabgeordnete Dorothea Frederking (Grüne) das Wort. Sie hatte die BI über die Jahre hin mit einer Aufrichtigkeit und Verlässlichkeit begleitet und unterstützt, wie sie in der Politik nicht immer üblich ist. Sie bedankte sich nun auch bei der BI für deren klares und sachliches Vorgehen, das die Zusammenarbeit sehr angenehm gemacht habe.

Christfried Lenz erinnerte an ein Vorkommnis auf der Abschlusspräsentation „Sicherheit und Umweltverträglichkeit der CO2-Speicherung“ am 14.06.2011 im Umweltbundesamt in Berlin: Als die dort versammelten überwiegend hochrangigen Wissenschaftler über das Projekt „CLEAN-Altmark“ diskutierten, meldete sich Lenz und sagte: „Bei Ihren Überlegungen und Gedankengängen haben Sie Eines außer Acht gelassen: In der Altmark wird niemals CO2

verpresst werden!“ - In die dadurch ausgelöste Irritation fragte Prof. Dahmke von der Uni Kiel, woher wir das denn wüssten? - Lenz antwortete: „Weil wir die CO₂-Verpressung nicht zulassen werden.“ - Dies hat sich nun also bewahrt.

Anschließend freuten sich die Demonstranten über festlich gedeckte Tische im Saal der Gaststätte „Up Kröger's Hoff“ in Mahlsdorf und wärmten sich bei Kaffee und Kuchen auf.

Dann gab es Grußadressen von Mitstreitern aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Cottbus und der Lausitz, sowie von MdB Marina Kermer (SPD), Bgm. Klebe (Arendsee), vom Büro des Landrates und vom Büro des Klötzer Bgm. Mann. Lenz erinnerte, dass die BI-Erfolge niemals möglich gewesen wären, wenn nicht die Medien sie hervorragend unterstützt hätten und auf der politischen Ebene eine parteiübergreifende Einheit in der Region entstanden wäre. Der Beitrag der BI habe darin bestanden, über Jahre hin am Thema dran zu bleiben und aus einem Schritt immer den nächsten abzuleiten.

Das Auftreten der BI hat auch im Abschlussbericht des „CLEAN-Altmark“ - Projektes (Februar 2012) einen Niederschlag gefunden: „...dort [in der Altmark] bildete sich am 02.03.2010 eine Bürgerinitiative gegen das Vorhaben CLEAN. Diese startete mit ihrer Informationsverbreitung per Informationsplattform und öffentlichen Veranstaltungen (z.B. in Gaststätten) bevor die Informationsstelle öffnen konnte. Diese Bürgerinitiative trug dazu bei, dass sich, nicht zuletzt auch dem Wahlkampf 2010 in Sachsen-Anhalt geschuldet, zunehmend die Lokal- und Regionalpolitik gegen das F&E-Projekt aussprach.“ (CLEAN-Abschlussbericht „CO₂-Akzeptor“ S. 45f)

Und weiter: „Im Sommer 2010 wurde der Projektkoordination CLEAN mitgeteilt, dass GDF SUEZ in Bezug auf EGR und CO₂-Speicherung in der Altmark keine eigene aktive Öffentlichkeitsarbeit mehr durchführen wird. GDF SUEZ bewertet das Risiko eines möglichen Reputationsverlust der Firma in der öffentlichen Auseinandersetzung als hoch. Aus dem gleichen Grund vertrat GDF SUEZ auch innerhalb des Verbunds in seiner Rolle als Verbundpartner die Ansicht, die Öffentlichkeitsarbeit für das Vorhaben CLEAN in der Region Altmark stark zurückzunehmen. Unter anderem stimmte GDF SUEZ der geplanten Eröffnung der Informationsstelle in Salzwedel nicht zu, so dass die Inbetriebnahme der Informationsstelle in Salzwedel in Absprache mit dem Fördermittelgeber ausgesetzt wurde.“ (a.a.O. S. 47f)

Die Erfahrung, dass eine Gruppe engagierter Menschen einen Weltkonzern beeinflussen kann, macht Hoffnung, dass es vielleicht doch noch rechtzeitig gelingt, die bisherige zerstörerische – weil profitorientierte - Wirtschaftstätigkeit durch ein vernunftgesteuertes Handeln abzulösen.

Hierzu möchte die BI auch unter ihrem neuen Namen „Saubere Umwelt und Energie Altmark“ beitragen. Schon seit etlicher Zeit hat sie ihre Tätigkeit über den ursprünglichen Anlass hinaus ausgeweitet und engagiert sich u.a. gegen Fracking, gegen die Ausweitung der Erdgasförderung in der südlichen Altmark und für eine verantwortungsvolle Sanierung der Bohrschlammdeponie bei Brüchau („Silbersee“). So ist der neue Name bereits inhaltlich gefüllt. Bald wird es hierzu auch eine neue Website geben.

Der Nachmittag in „Kröger's Hoff“ klang mit Filmen und Fernsehbeiträgen, in denen einige der vielfältigen BI-Aktionen Revue passierten, unterhaltsam aus.

2. Themenbereiche

Atomenergie

Erteilung der Abbaugenehmigung 2b für das stillgelegte Atomkraftwerk Mülheim-Kärlich durch Wirtschaftsministerin Eveline Lemke am 08. Oktober 2015

Das für den Rückbau des Atomkraftwerks Mülheim-Kärlich zuständige Wirtschaftsministerium von Rheinland-Pfalz hat mit der Genehmigung 2b im Oktober seine Zustimmung zum wichtigsten Abbauschritt der stillgelegten Anlage erteilt. Im Rahmen dieser Genehmigung sollen die beiden Dampferzeuger, der Reaktor Druckbehälter samt Einbauten sowie aktivierte Teile des biologischen Schildes abgebaut werden. Diese Anlagenteile sind die am stärksten verstrahlten und beinhalten 99% der noch vorhandenen Radioaktivität.

Aus einer Pressemitteilung der örtlichen Bürgerinitiativen vom 09.11.2015. Die vollständige Pressemitteilung mit den Kritikpunkten der Bürgerinitiativen ist beim BBU erhältlich.

Landeskonzferenz der NRW- Anti-Atom-Initiativen in Köln

Die Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Antiatominitiativen tagte in Köln, um über Fragen der Atomkraft zu beraten. Es wurde deutlich, dass NRW in vielfältiger Weise den Risiken der Atomkraft ausgesetzt ist. Aspekte aus dem unmittelbar angrenzenden europäischen Ausland wurden dabei ebenso intensiv diskutiert wie die Folgen der terroristischen Anschläge von Paris. In diesem Zusammenhang spielte die Sicherheit der Atomanlagen eine Rolle.

Einen breiten Raum nahmen auch die Terroranschläge von Paris ein. Darauf, dass Atomanlagen potenzielle Anschlagziele von Terroristen sind, wird nicht nur von den AtomkraftgegnerInnen seit Jahren hingewiesen. Auch die Betreiber der Atomanlagen sind seit geraumer Zeit angehalten, Vorkehrung gegen Anschläge zu treffen. Diese Maßnahmen hält die Landeskonzferenz für völlig unzureichend und fordert die endgültige Stilllegung sämtlicher Atomanlagen. „Wer Sicherheit in diesem Bereich will, erreicht diese nur durch einen umfassenden und sofortigen Ausstieg aus dieser Technologie mit allen dazugehörigen Aspekten.“ so Peter Bastian von der Initiative „Sofortiger Atomausstieg“ aus Münster.

Zur Absage der Großdemonstrationen in Paris erklärt die Landeskonzferenz, dass man zum einen der Sicherheit aller Demonstrationsteilnehmer oberste Priorität beimisst. Gleichzeitig wünscht man sich eine baldige Rückkehr zur Normalität. „Wir sehen uns im Einklang mit den meisten Menschen auf dieser Welt und wollen uns von Terroristen nicht

in unserer Freiheit einschränken lassen. Dies gilt auch für die Demonstrationenfreiheit. Diese darf nicht im Fahrwasser einer Sicherheitsdebatte geopfert werden.“ so die Konferenzteilnehmer einhellig.

Aus einer Pressemitteilung der Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Anti-Atomkraft-Initiativen vom 21.11.2015. Vollständiger Text unter <http://antiatomplenum.blogspot.de/2015/11/25/pressemitteilung-der-lako>.

Urananreicherer Urenco in neuen Turbulenzen:

- EON und RWE wollen Anteile in „Atomstiftung“ abschieben

- Atomkraftgegner fordern Fahrplan für Stilllegung der UAA Gronau

Der Urananreicherer Urenco kommt nicht zur Ruhe: Nach Medienberichten planen die deutschen Anteilseigner RWE und EON ihre Urenco-Konzern-Anteile in eine „Atomstiftung“ einzubringen. Offenbar wollen sie mit diesem Schritt der Bundesregierung eine Haftungsbegrenzung beim Abbau der Atomanlagen und der Entsorgung des Atommülls schmackhaft machen. Anti-Atomkraft-Initiativen fragen, ob damit aus Sicht von RWE und EON der seit vier Jahren sehr schleppend laufende Verkaufsprozess bei Urenco gescheitert ist. Neben RWE und EON sind auch Großbritannien und die Niederlande Anteilseigner des Urenco-Konzerns. Auch für die britischen und niederländischen Urenco-Anteile gibt es seit geraumer Zeit nebulöse Verkaufspläne. Die deutsche Urananreicherungsanlage (UAA) der Urenco produziert in Gronau (Westfalen) angereichertes Uran für den Betrieb zahlreicher Atomkraftwerke in aller Welt.

Aus einer Pressemitteilung des BBU und seiner Mitgliedsorganisationen Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau vom 25.11.2015. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/25.11.15.pdf>. Foto: UAA Gronau, 6.12.2015.



Besinnliche Nikolausproteste an Atomanlagen

Aktionen an 4 Atomstandorten: Neckarwestheim – Gronau – Gorleben - Brokdorf

Am Nikolaus-Sonntag (6. Dezember 2015) wurde an mehreren Atomkraftwerken und Atomanlagen im Bundesgebiet demonstriert. Mit den Aktionen wurde die Notwendigkeit eines echten Atomausstiegs unterstrichen. Außerdem wurde auf Transparenten und in Redebeiträgen verdeutlicht, dass die Atomenergie kein Beitrag zur Lösung der Klimaprobleme sein kann.

Nach Informationen des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) beteiligten sich an Sonntagsspaziergängen und Kundgebungen vor dem Atomkraftwerk Neckarwestheim (Baden-Württemberg) rund 25 Personen, sowie an der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW) und an der Atommüll-Endlagerbaustelle Gorleben (Niedersachsen) jeweils rund 40 Personen. Am Atomkraftwerk Brokdorf (Schleswig-Holstein) stand eine Mahnwache auf dem Programm der Anti-Atomkraft-Initiativen.

Bei den Aktionen wurde in Gesprächen an die Ereignisse und Protestaktionen im Jahr 2015 erinnert, das langsam ausklingt. Betont wurde dabei auch die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Anti-Atomkraft-Initiativen mit den Initiativen gegen Kohleabbau und Kohlekraftwerke. Eine der letzten Aktionen der Anti-Atomkraft-Bewegung in diesem Jahr findet am 20. Dezember in Ahaus statt. Dort beginnt um 14 Uhr ein Weihnachts-Protest-Spaziergang an der Atommüll-Lagerhalle.

2016 wird die Anti-Atomkraft-Bewegung mit vielfältigen Aktionen an die Jahrestage der Atomkatastrophen von Fukushima (5. Jahrestag, 11. März) und Tschernobyl (30. Jahrestag, 26. April) erinnern. Gleichzeitig soll der Forderung nach sofortiger Stilllegung aller Atomanlagen Nachdruck verliehen werden. Zudem wird für Karfreitag (25. März) wieder ein Ostermarsch an der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in Gronau vorbereitet.

BBU-Pressemitteilungen vom 07.12.2015

Das Bundesumweltministerium und die Bayerische Staatsregierung unterzeichnen einen schmutzigen Deal für Ahaus!

Am 4. Dezember unterzeichneten die Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendriks und der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer eine gemeinsame Erklärung zum Verbleib von Atommüll. Darin erklärt sich das Land Bayern zur Aufnahme von sieben CASTOR-Behältern aus der Wiederaufarbeitung bereit. Im Gegenzug kommen die Unterzeichner überein, dass sich "das Bundesumweltministerium weiter dafür einsetzt, dass die für die Entsorgung des Forschungsreaktors München II erforderlichen Genehmigungen, insbesondere die verkehrsrechtliche Zulassung des Behälters sowie die erforderliche Änderung der Aufbewahrungsgenehmigung für das Transportbehälterlager Ahaus zeitgerecht erteilt werden."

Nach Ansicht der BI-Ahaus ist das ein besonders schmutziger Deal! "Hier wird, unabhängig vom Entwicklungsstand der neuen CASTOR-Behälter eine Zulassung vereinbart, die eigentlich nur von technisch/wissenschaftlich bestehenden Sicherheitsvorschriften abhängig ist. Bayern, als Hauptverursacher von Atommüll, war ohnehin verpflichtet, den

Atom Müll aus der Wiederaufarbeitung anzunehmen. Nur die besondere Schlitzohrigkeit und Rücksichtslosigkeit der Bayerischen Staatsregierung verbunden mit der absoluten Schlafmützigkeit bzw. dem Desinteresse der NRW Landesregierung können zu derartigen Absprachen führen," so Felix Ruwe, der Sprecher der BI-Ahaus.

Die BI-Ahaus hat schon vor langer Zeit einen sicheren Entsorgungsweg für diesen besonders hoch angereicherten Atom Müll gefordert, damit nicht für die nächsten 50 Jahre reines Atombomben-Uran in Ahaus gelagert wird.

Weitere Infos gibt es auf dem Sonntagsspaziergang am 20. Dezember 2015 dazu, der traditionell von Münsteraner Atomkraftgegnerinnen vorbereitet wird.

Pressemitteilung der BI „Kein Atom Müll in Ahaus“ vom 09.12.2015. Die BI ist Mitglied im BBU. Weitere Informationen zum Thema: <http://www.bi-ahaus.de>, <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>.

AKW Tihange ist international gefährlich

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) bezeichnet die Wiederinbetriebnahme des belgischen Atomreaktors Tihange 2 als riskant und international gefährlich. Nach einer längeren Phase des Stillstands wurde der Reaktor gestern Abend (14.12.) trotz vielfältiger Proteste wieder in Betrieb genommen. Udo Buchholz vom Vorstand des BBU warnt, dass auch die Wiederinbetriebnahme des belgischen AKW Doel 3 noch in dieser Woche erfolgen soll. Zudem sollen die Reaktorblöcke Doel 1 und 2 auch noch in diesem Jahr wieder in Betrieb gehen.



Der BBU lehnt die Wiederinbetriebnahme der Reaktoren generell ab und fordert von den zuständigen Behörden in Belgien die Rücknahme der Genehmigungen. „Der BBU fordert grundlegend die sofortige Stilllegung aller Atomkraftwerke und Atomanlagen in Belgien und anderswo“, so Udo Buchholz. Der international aktive BBU ist der Auffassung, dass der Betrieb der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3, aber auch der anderen Atomanlagen, nicht hinnehmbar ist. Udo Buchholz betont, dass es auch in Belgien keine Lösung für das Atom Müllproblem gibt.

Der BBU fordert weiterhin ein konsequentes Vorgehen der Landesregierungen von Rheinland-Pfalz und von Nordrhein-Westfalen gegen die belgischen Atomkraftwerke. Die Bevölkerung in beiden Bundesländern wäre bei AKW-Störfällen in Belgien mit Radioaktivitätsfreisetzungen massiv betroffen.

Der BBU bekräftigt, dass der Widerstand seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung gegen die belgischen Atomanlagen grenzüberschreitend fortgesetzt wird. Weitere Informationen dazu unter <https://www.anti-akw-ac.de>

BBU-Pressmitteilung vom 15.12.2015

Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“ (GLS)

1. Rüdersdorfer Umweltdialog

Am 8. Dezember 2015 um 18.00 hat die Bürgerinitiative „Gesund Leben am Stienitzsee e.V.“ (GLS) in die Aula der Grundschule Hennickendorf zum 1. Rüdersdorfer Umweltdialog eingeladen. Trotz vorweihnachtlichem Stress folgten über 50 Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Rüdersdorf der Einladung und beteiligten sich an der Diskussion im Anschluss an den aufschlussreichen Vortrag des Referenten Sascha Roth von der NABU- Bundeszentrale.

Einführend in die Thematik zeigte die BI GLS drei kurze Videos, die deutlich machten, wie lohnend Abfallvermeidung und Recycling sind, wie der Ressourcenschutz unsere Umwelt retten kann, aber auch, dass Hennickendorf definitiv ein Problem mit in die Natur verschüttetem Müll hat. Der Recycling- Experte vom NABU machte deutlich, vor welchen Herausforderungen und profitgesteuerten Interessenskonflikten Politik und Wirtschaft stehen, um mit unserem Müll richtig umzugehen – Vermeiden und Recyceln sei die Devise.

Aus einer Pressemitteilung der BI vom 10.12.2015. Die BI ist im BBU organisiert. Vollständiger Text unter <http://www.gesund-am-stienitzsee.de/?p=1262>.

Fracking

Fracking im Landesentwicklungsplan NRW umfassend ausschließen – BBU stellt Musterstellungnahmen zur Verfügung

(Bonn, Düsseldorf, 07.12.2015) Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) fordert die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, einen umfassenden Ausschluss von Fracking in den Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) aufzunehmen. Die bisherigen Formulierungen im zweiten Entwurf des LEP NRW weisen zahlreiche Möglichkeiten des gefährlichen Gasbohrens auf. Um der Forderung nach einem umfassenden Fracking-Verbot Nachdruck zu verleihen, stellt der BBU Musterstellungnahmen zum LEP NRW für Einzelpersonen und Bürgerinitiativen auf seiner Homepage zum Herunterladen zur Verfügung. Kommunalfraktionen finden dort auch einen Musterantrag, mit dem die jeweilige Gemeinde zur Abgabe einer LEP-Stellungnahme veranlasst werden soll, in der ein umfassendes Fracking-Verbot gefordert wird.

Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands des BBU erklärt hierzu: „Die NRW-Landesregierung erweckt den Eindruck, als wolle sie über den Landesentwicklungsplan ein vollständiges Fracking-Verbot bewirken. Doch dieser Eindruck täuscht. Nach Öl kann ohne Einschränkungen gefracked werden. Die Gasgewinnung im Schiefergestein und in Kohleflözen soll zwar unterbunden werden. Im Sandgestein, sogenannten Tight-Gas-Reser-

voirs, soll es jedoch erlaubt sein. Der Ausschluss bezieht sich zudem lediglich auf die Gewinnung des Gases, also auf die industrielle Produktion. Probebohrungen, Erkundungsbohrungen und Forschungsbohrungen ermöglicht der LEP NRW hingegen in jeder Gesteinsart. Das angebliche Fracking-Verbot ist damit löchrig wie ein Schweizer Käse.“ Der BBU ruft die Bevölkerung und die Kommunen auf, bei der Landesregierung ein ausnahmsloses Fracking-Verbot einzufordern. Dazu können bis zum 15.1.2016 Stellungnahmen zum LEP NRW bei der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen postalisch oder per Email abgegeben werden.

Zur Unterstützung von Einzelpersonen, Bürgerinitiativen und Kommunen stellt der BBU Musterschreiben zur Verfügung.

Unter <http://www.bbu-online.de> (Arbeitsbereiche, Fracking) bzw. unter dem Direktlink <http://www.bbu-online.de/Arbeitsbereiche/Fracking/Arbeitsbereiche%20Fracking.html>

kann eine Musterstellungnahme für Einzelpersonen und Bürgerinitiativen zum LEP NRW abgerufen werden. Ebenso findet sich dort ein Musteranschreiben für Einzelpersonen und Bürgerinitiativen an Kommunen, mit dem diese aufgefordert werden, sich für einen umfassenden Ausschluss von Fracking im LEP NRW einzusetzen. Zudem kann ein Musterantrag für Fraktionen in Kreisen, kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten heruntergeladen werden. Er dient dazu, die Verwaltung zu beauftragen, eine Stellungnahme zum LEP NRW abzugeben, in der ein umfassendes Fracking-Verbot gefordert wird.

Bei Fragen zu den einzelnen Musterschreiben kann man sich an den BBU unter BBU-Bonn@t-online.de wenden, Telefon 0228-214032.

Informationen der Landesregierung NRW zum Landesentwicklungsplan NRW findet man unter

<https://land.nrw.de/thema/landesplanung>. Direktlink zum LEP-Entwurf vom 22.09.2015 unter

https://land.nrw/sites/default/files/asset/document/01_10_2015_lep_text_zweite_beteiligung_lanuv.pdf

BBU-Pressemitteilung vom 07.12.2015

BBU: Fracking in der Nordsee verhindern! – Jetzt das GORM-Projekt stoppen!

Scharfe Kritik an den Plänen der Firma Maersk Oil, in der dänischen Nordsee im Grenzgebiet zum deutschen Entenschnabel mit neuen Bohrungen Öl und Gas zu fördern, hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz geäußert. Im Rahmen des GORM-Projekts will die Firma dabei die umweltzerstörende Fördermethode Fracking anwenden. Während Fracking bereits an Land unverantwortbar ist, wären die Folgen eines Offshore-Frackings noch weniger beherrschbar. Zu diesem Vorhaben wurden eine Umweltverträglichkeitsuntersuchung und Unterlagen ausgelegt, zu der die Öffentlichkeit Einwendungen abgeben kann. Die Einwendungen müssen bis zum 23.12.2015 beim dänischen Umweltministerium eingegangen sein. Der BBU hat daher einen Sammeleinspruch verfasst, um dem dänischen Umweltministerium und der Firma Maersk Oil die Ablehnung der Bevölkerung deutlich zu machen. Der Sammeleinspruch kann von der BBU-Homepage heruntergeladen werden.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Das Vorhaben kombiniert die Gefahren des Frackings an Land mit den klassischen Gefahren der Öl- und Gasgewinnung im Meer. Durch die eingesetzten Frackflüssigkeiten, deren Zusammensetzungen nicht veröffentlicht wurden, kann es zu Wasserkontaminationen kommen. Das Aufbrechen des Untergrundgesteins und das Wiederverpressen des Flowbacks kann Erdbeben hervorrufen. Und durch Leckagen kann in erheblichem Maß das klimaschädliche Methan entweichen. Während der Sondierungs-, Förder- und Außerbetriebnahmeaktivitäten kann es außerdem zu schweren Unfällen kommen. Dazu gehören Öl- und Chemikalienfreisetzungen aufgrund einer Schiffskollision oder von Pipelineleckagen. Größere Gasfreisetzungen können aufgrund eines Blowouts erfolgen. Eine mögliche größere Ölpest hätte erhebliche negative grenzüberschreitende Auswirkungen auf das empfindliche marine Ökosystem. Angesichts dieser möglichen Folgen ist das Vorhaben nicht verantwortbar. Die Investitionen sollten stattdessen für die forcierte Nutzung regenerativer Energien verwendet werden.“

Der BBU hat als Reaktion auf die Pläne von Maersk Oil einen Sammeleinspruch verfasst, der auf der BBU-Homepage veröffentlicht ist und unter <http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Einwendungen.htm> heruntergeladen werden kann. Direktlink:

<http://www.bbu-online.de/Einwendungen/Sammeleinspruch%20GORM-Projekt%20Dez%20%202015.pdf>

Der BBU ruft die Bevölkerung auf, durch zahlreiche Unterschriften Widerstand gegen das Projekt zu leisten und dadurch dazu beizutragen, es zu verhindern. Die Unterschriftenlisten können dabei bis zum 15.12.2015 an den BBU geschickt werden, der diese dann gesammelt an das dänische Umweltministerium weiterleitet. Außerdem besteht die Möglichkeit, die Einwendungen direkt an das dänische Umweltministerium zu übermitteln. Sie müssen dort bis zum 23.12.2015 vorliegen.

BBU-Pressemitteilung vom 08.12.2015

Klimagipfel

Kohleverbrennung stoppen, Fracking verbieten und Billigflüge unterbinden

In der Bundesrepublik, in der EU und auch weltweit müssen jetzt die Bemühungen verstärkt werden, endlich die Kohleverbrennung zu beenden. Die flächenfressende Braunkohleabbaggerung muss gestoppt werden. Gas- und Ölkraftwerke oder gar neue Atomkraftwerke dürfen nicht als Alternativen betrachtet werden. Und ein umfassender

Klimaschutz muss die Verkehrsströme in Innenstädten, auf Autobahnen und in der Luft nachdrücklich reduzieren. Der Güterverkehr gehört bestmöglich auf die Schiene und Shopping-Billigflüge sind zu unterbinden.

Die Ziele des Klimagipfels können nur erreicht werden, wenn jetzt alle Staaten den Umstieg auf erneuerbare Energie vorantreiben. Auch in der Bundesrepublik muss ein Umstieg auf 100 % erneuerbare Energie beschlossen und umgesetzt werden. Dazu gehört auch ein ausnahmsloses Frackingverbot. Ein Fahrplan für den unverzüglichen Ausstieg aus dem Betrieb der Kohlekraftwerke muss von der Bundesregierung erstellt und verabschiedet werden. Selbst neue Kohlekraftwerke wie das Kohlekraftwerk Moorburg gehören stillgelegt. Alte Kohlekraftwerke wie das Kraftwerk Wedel dürfen keine Laufzeitverlängerung erhalten. Kraftwerksbaustellen wie das Kraftwerk Datteln 4 müssen endgültig eingemottet werden.

Der BBU wird weiterhin die Finger in die Wunden legen und klimaschädliche Industriebereiche anprangern. Dabei ist die Unterstützung durch neue Mitgliedsinitiativen und weitere Bevölkerungskreise sehr willkommen.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 14.12.2015 zum Pariser Klimagipfel. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/14.12.15.pdf>

Lärm

Umgebungsärm

Die Belastungen für die Gesundheit durch Verkehrs-, Industrie-, Flug- und anderen Umgebungsärm werden vielerorts immer größer. Dadurch entstand bei der Bürgerinitiative Gesund Leben am Stienitzsee die Projektidee für ein engmaschiges Umgebungsärmessnetz. Weitere Informationen dazu unter

<http://www.gesund-am-stienitzsee.de/?p=1258#more-1258>.

Naturschutz

Die Grünzüge im Ruhrgebiet erhalten!

Derzeit läuft eine Online-Aktion zur Rettung der Grünzüge im Ruhrgebiet. Das Land NRW sowie der Regionalverband Ruhr werden aufgefordert, die Grünzüge im Ruhrgebiet zu erhalten, zu vergrößern und aufzuwerten! Bitte hier unterstützen: <https://weact.campact.de/petitions/die-grunzuege-im-ruhrgebiet-erhalten>

Olympia

Olympische Spiele 2024 in Hamburg verhindert! Der BBU-Vorstand gratuliert den Olympiagegnern und -gegnern zum Erfolg beim Bürgerschaftsreferendum

Bürgerengagement kann auch in scheinbar aussichtslosen Situationen noch erfolgreich enden. Das ist jetzt erneut in Hamburg deutlich geworden. Mit 51,6 % der abgegebenen Stimmen haben sich die Hamburgerinnen und Hamburger gegen die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele in Hamburg 2024 ausgesprochen. Der Vorstand des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) freut sich gemeinsam mit den Initiativen „Nolympia“ und „Fairspielen“, sowie den Linken in der Hamburgischen Bürgerschaft, über die erfolgreiche Abstimmung und die Verhinderung der Olympischen Spiele in Hamburg.

Damit hat aus Sicht der BBU-Vorstandsmitglieder die Vernunft gewonnen. Eine Hinwendung zu wirklich wichtigen politischen Themen hat die Oberhand bekommen. Der BBU freut sich, wenn in Hamburg weiterhin eine breite Solidarität mit den Flüchtlingen geübt wird und die Bürgerinnen und Bürger sich nicht erneut auf unsolide finanzierte Großprojekte wie die Elbphilharmonie einlassen. Nicht nur finanziell und sozial, auch in Bezug auf ökologische Risiken war das Olympiakonzept des Senats nicht ausreichend geprüft. „Welche Auswirkungen hätte das Großprojekt auf den Flutschutz oder die erneute Elbvertiefung gehabt?“, fragt sich der BBU-Vorstand und vermisst hier befriedigende Antworten.

Für die Zukunft fordert der BBU-Vorstand die Schaffung von transparenten Organisationen, die Großveranstaltungen wie Olympische Spiele oder Fußballweltmeisterschaften mit offenen Karten und nicht hinter verschlossenen Türen organisieren.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 30.11.2015. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202015/30.11.15.pdf>

**Beim Referendum:
Nein!**



3. Termine

Umfangreiche Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 09 / 2015, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 15.01.2016. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.